

Keine zusätzlichen Wildhüter für den Kanton Wallis

Armin Bregy

Die Oberwalliser Fraktionen forderten mehr Wildhüter, um die Wolfsproblematik besser managen zu können. Sie scheiterten.

Es war eine ausufernde Debatte, die teilweise ins Absurde abdriftete. Eigentlich ging es um das Budget 2024 des Departements für Sicherheit, Institutionen und Sport, schlussendlich jedoch vor allem um die aktuelle Wolfsproblematik. Und wie man diese angehen sollte.

Die Mitte Oberwallis forderte zwei neue Stellen bei der Walliser Wildhut. Urs Juon sagte, dass ein neues Jagdgesetz gelte. Die Wölfe müssten jährlich reguliert werden. «Um diese Aufgabe bewältigen zu können, benötigt der Kanton Wallis mehr Wildhüter», so Juon.

Konkret forderte Die Mitte Oberwallis zwei zusätzliche Stellen mit der «entsprechenden modernen Ausrüstung». Auch die SVPO verlangte eine Aufstockung des Personals. Die Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere müsse eine neue Gruppe schaffen, die das Wolfsmanagement und die Abschüsse organisiere und ausführe. Die SVPO beantragte dafür sechs neue Stellen, drei für das Ober- und drei für das Unterwallis.

Dass Die Mitte Oberwallis und die SVPO mehr Staatspersonal fordern, ist ungewöhnlich. Zumeist sind sie kritisch, wenn eine Aufstockung des Personals zur Diskussion steht. Dort, wo es notwendig sei, sei eine Erhöhung der Stellen durchaus angebracht, sagte indes Mitte-Grossrat Urs Juon. Der Kanton habe den Auftrag, das Wolfsmanagement durchzuführen. Zudem sei die Erwartungshaltung der Bevölkerung gross. «Auch wenn das Departement es bestreitet: Die Angestellten der Dienststellen sind zuweilen am Anschlag. Die Zahl der Überstunden ist gross und der Druck ebenso. Wir brauchen für diese anspruchsvolle Jagd zusätzliche Spezialisten», zeigte sich Juon überzeugt.

Auch SVPO-Fraktionschef Christian Gasser wollte die Wildhüter entlasten. Auf lange Sicht müsse die Wolfsjagd professionalisiert werden, dazu brauche es mehr Personal – zumal sich bei den Walliser Wildhütern bereits über 11'000 Überstunden angehäuft hätten, so Gasser.

Die beiden Vorschläge aus dem Oberwallis fanden im Grossen Rat keine Zustimmung. Mit Ausnahme der SVPU lehnten alle Unterwalliser Fraktionen die Anträge ab.

Insbesondere die Grünen stellten die zusätzlichen Stellen infrage. Fraktionschefin Céline Dessimoz sagte, dass der Druck auf die Wildhüter gross sei, weil das Parlament den Druck stetig erhöhe. Zudem sei die aktuelle Wolfsregulation der falsche Weg. «Die Rudel werden destabilisiert, so werden mehr Einzelwölfe umherstreifen, was wiederum zu mehr Rissen führen wird», argumentierte Dessimoz. Das aktuelle Wolfsmanagement entbehre jeder wissenschaftlichen Grundlage.

Auch ein Antrag der neo – Die sozialliberale Mitte wurde verworfen. Urban Furrer forderte 100'000 Franken zur Ausrüstungsbeschaffung der Unterstützungsgruppe Jagd (UGJ). Er sagte, dass Jäger, die ein veraltetes Equipment haben, unterstützt werden sollten, wenn sie eine neue Ausrüstung benötigen.

Der Antrag blieb chancenlos. Es sei nicht Aufgabe des Staates, die Ausrüstung der Jäger zu finanzieren, argumentierten die Linken. Auch die Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere hat keinen Bedarf an weiterer Jagdausrüstung. Departementschef Frédéric Favre (FDP) sagte: «Wir brauchen nichts.» Eine erstaunliche Aussage für einen Staatsrat.

Die weiteren Debatten drifteten ab. Landeshauptmann Mathias Delaloye (SVPU) musste intervenieren, um die Emotionen der Abgeordneten im Zaum zu halten.